



# Deutschlandsberger Volksstimme

Informationsblatt der steirischen KPÖ – Österreichische Post AG/Postentgelt bar bezahlt – RM 18A041515 E Aufgabe: 8720



Ausgabe Nr. 14 - 2/2019

Zeitung der KPÖ Deutschlandsberg

April 2019

## Jugendkonzept in Arbeit Anstoß kam von KPÖ-Gemeinderat Weiss

**Deutschlandsberg bekommt ein Jugendkonzept. Der Gemeinderat fasste am 26. März den Grundsatzbeschluss in dieser Frage. Die erste Initiative dafür ist von KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss ausgegangen.**

Nach intensiver Arbeit im zuständigen Fachausschuss, ist es gemeinsam mit allen Fraktionen

gelingen, den Fahrplan und den Rohentwurf für das neue Konzept festzulegen. Die fachliche Betreuung dazu erfolgt unter anderem durch Streetwork Deutschlandsberg und den Dachverband für offene Jugendarbeit Steiermark.

Nachdem es in den letzten Jahren immer weniger Angebot für Jugendliche in unserer Stadt gab, ist dies ein erfreulicher Schritt, um Deutschlandsberg noch lebenswerter zu gestalten.

Gemeinderat Walter Weiss: „Endlich kommt Bewegung in diese wichtige Sache. Ich freue mich, dass hier alle Fraktionen im Gemeinderat an einem Strang ziehen.“

### WAS TUN? – WAS TUN!

**K**ommunalpolitik erfordert Zeit und Ideen. Gerade als einzelner ist es oft schwer einen Überblick über unsere große Gemeinde zu behalten. Sollten Sie ein Anliegen haben oder unsere Arbeit als KPÖ unterstützen wollen, dann melden Sie sich bitte unter [walter\\_weiss@kpoe-steiermark.at](mailto:walter_weiss@kpoe-steiermark.at) oder Tel. 0681/10783346.



### EU zahlt Supergagen

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker (64) und EU-Ratspräsident Donald Tusk (61) bekommen inklusive Zulagen ca. **32.700 Euro** im Monat.

Die Gehälter der sechs Vizepräsidenten der EU-Kommission liegen inklusive Zulagen bei **30.800 Euro**.

„Normale“ EU-Kommissare wie der Österreicher Johannes Hahn kommen auf **26.600 Euro**.

Österreichische EU-Abgeordnete bekommen **8.887 Euro** monatlich brutto. Dazu kommen noch Sitzungsgelder und ein monatliches Spesenkontingent von 4.416 Euro.

### Ein Frohes Osterfest 2019 wünscht



allen Leserinnen und Lesern unserer Zeitung  
KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss



## Gesundheitstelefon

Beim angekündigten Gesundheitstelefon 1450 – die künftige Erst-Anlaufstelle bei Krankheiten – dürfte es Probleme geben.

Zuerst wurde zugesichert, dass es sich bei den Gesprächspartnern um ausgebildete Ärzte handeln würde. Jetzt stellt sich heraus, dass es sich um 15 diplomierte Krankenpfleger handelt, die ohne die erforderliche rechtliche

Absicherung vor die Aufgabe gestellt werden, Bagatellfälle von ernstern Erkrankungen zu unterscheiden und die Hilfesuchenden zur richtigen Stelle zu schicken.

Ein diplomierter Krankenpfleger verfügt nicht über eine Ärztehauptpflichtversicherung, die ihm im Falle eines Befunderhebungsfehlers eine rechtliche Absicherung vor den Gerichten bieten würde.

## DEUTSCHLANDSBERG:

### Wohnen wird immer teurer

Aus dem Bericht des Fachausschusses Soziales-Familie-Wohnen-Integration ging hervor, dass das Wohnen in unserer Stadt immer teurer wird und es viel zu wenig leistbare Wohnungen gibt.

KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss: „Schon bei der letzten Gemeinderatswahl sprach der Bürgermeister davon, neue Gemeindefamilienwohnungen schaffen zu wollen. Viel mehr als Ankündigungen ist aber nicht passiert. Leistbares Wohnen ist einer der Eckpunkte unserer Politik. Wir fordern unter anderem fixe Mietzinsobergrenzen und die Wiederaufnahme des kommunalen Wohnbaus. Die schwarz-blaue Regierung plant einen Anschlag auf das Mietrecht. Dem müssen wir gemeinsam entgegenreten.“

### Stadt reagiert auf Prüfbericht des Landes

Der Gemeinderat reagierte auf den Prüfbericht des Landes und senkte einige Bezüge für Gemeinderäte. *KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss: „Schon 2015, zu Beginn der Gemeinderatsperiode, habe ich die hohen Bezüge kritisiert, die SPÖ wollte davon aber nichts wissen.“*

Nach den Wahlen wurden, wie das Land kritisiert, zu hohe Aufwandsentschädigungen für Gemeinderäte eingeführt. Diese entsprachen jedoch nicht den gesetzlichen Regelungen. Nach einer Korrektur dieses Beschlusses, beziehen Gemeinderäte ohne besondere Aufgaben nun nur mehr ein Sitzungsgeld für jene Sitzungen, an denen sie tatsächlich teilgenommen haben.

**KOMMT ZUM**

**1. MAI**

**WEIL WIR ETWAS  
ÄNDERN KÖNNEN!**  
Mieten runter, Löhne rauf!

**DEMONSTRATION**

**10 UHR SÜDTIROLER PLATZ**

mit Vento Sul und Haydetanz

**MAI-FEST**

**13 UHR VOLKSHAUS**

**Wiener  
Tschuschenkapelle**

(Weltmusik aus Wien)

**GLB**

**KjÖ**

**KSV**

**KPÖ**

## Aus dem Gemeinderat

### Abfallsammelzentrum: Baukosten steigen

Aus einem Bericht des Bürgermeisters ging hervor, dass die Kosten für das neue Abfallsammelzentrum schon jetzt den vorher veranschlagten Wert übersteigen. Das neue ASZ wird nach seiner Fertigstellung an die neue Projektgesellschaft mit der Privatfirma Saubermacher vermietet. Der Pachtzins dafür wurde schon im letzten Jahr fixiert. Die Mehrkosten bleiben also bei der Gemeinde liegen.

### Rechnungsabschluss: Keine Zustimmung

Obwohl die Stadtgemeinde für das Jahr 2018 einen Überschuss verbuchen konnte, gab es von Seiten der KPÖ keine Zustimmung zum Rechnungsabschluss. Gemeinderat Walter Weiss: „Da im Rechnungsabschluss der Endbericht über viele aus meiner Sicht fragwürdige Projekte enthalten ist, kann ich hier keine Zustimmung geben.“

### Gemeindefusion? Frauental zu Deutschlandsberg?

Es war fast wie ein Überfall: Die FP stellte während der Gemeinderatssitzung den Dringlichkeitsantrag, eine Gemeindefusion mit Frauental vorzubereiten. Die KPÖ ist den steirischen Gemeindefusionen 2015 ablehnend gegenübergestanden. Sie wurden in den meisten Fällen ohne Einbindung der Bevölkerung durchgeführt und dienten als Vorwand, kommunale Infrastruktur stillzulegen, Schulen zu schließen und das Angebot für die Gemeindebürgerinnen und -bürger zurückzufahren. Gleichzeitig ist es – wie auch die Bevölkerung unserer Gemeinde erfahren musste – in vielen der zusammengelegten Gemeinden zu Gebührenerhöhungen gekommen, da die Tarife meist an den Standard der „teureren“ Gemeinde angeglichen wurden.

Ohne gründliche Vorbereitung und ohne eine verbindliche Volksbefragung kann es keine Zustimmung zu weiteren Gemeindefusionen geben.

**Teuerung stoppen!**



**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger, Herstellung und Druck: KPÖ-Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. F.d.Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. E-Mail: a.fuchs@kpoe-steiermark.at // DVR: 0600008  
**Offlegung:** Die Deutschlandsberger Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark – dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



## Ihre Anliegen im Gemeinderat

Liebe  
Deutschlandsbergerinnen  
und Deutschlandsberger!



### Kontrolle und Information

Nun ist es nicht einmal mehr ein Jahr bis zur nächsten Gemeinderatswahl. Viele von mir eingebrachte Themen sind noch immer nicht fertig behandelt. Umso erfreulicher ist es, dass die Arbeit am neuen Jugendkonzept raschen Schrittes voranschreitet. Damit dieses Konzept auch über die nächsten Wahlen hinaus wirkt, werde ich auch weiter beharrlich dahinter sein und ich hoffe dabei auf Ihre Unterstützung.

Die KPÖ wird sich immer gegen Entscheidungen stellen, für die die Bevölkerung die Zeche bezahlen muss. Aus diesem Grund kämpfen wir gegen Gebührenerhöhungen, Ausverkauf und Privatisierungen.

Es ist gut, wenn es im Gemeinderat eine Kraft gibt, die für Kontrolle und für Information steht.

*Ihr KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss*

**PS: Sollten Sie ein Anliegen haben, schreiben Sie mir eine E-Mail an: [walter\\_weiss@kpoe-steiermark.at](mailto:walter_weiss@kpoe-steiermark.at) oder hinterlassen Sie mir eine Nachricht mit Namen und Telefonnummer unter 0681/107 83346**

### KLEIN, aber MIT BISS



Ab Herbst 2020 soll der Bezirk Deutschlandsberg eine AHS-Unterstufenklasse erhalten. Das haben ÖVP und SPÖ gemeinsam verkündet. Haben die SPÖ-Vertreter vergessen, dass sie damit einer weiteren Untergrabung der NMS als gemeinsamer Schule aller 10-14jährigen im Bezirk zugestimmt haben?



## Mehrwertsteuer auf Mieten abschaffen!

Die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten: Das fordert die KPÖ. **KPÖ-LAbg. Werner Murgg:** „Die Abschaffung der Steuer auf Mieten ist ein Ansatz, um das Wohnen erschwinglicher zu machen. Letztendlich führt aber kein Weg an einer Offensive beim öffentlichen und sozialen Wohnbau vorbei. Solange Investoreninteressen die Bautätigkeit diktieren, wird es keine Lösung der Wohnungskrise im Interesse einer breiten Mehrheit geben.“

Die Abschaffung der Mehrwertsteuer (Umsatzsteuer) auf Mieten ist ein Mittel gegen die rapide steigenden Wohnkosten. Die Steuer auf Mieten macht zehn Prozent aus. Ihre Streichung brächte einer durchschnittlichen Familie jährlich 1.065 an Euro Einsparungen, wie die „Presse“ am 27.11.2018 berichtete. Eine solche Forderung wird schon seit langem als finanzielle Entlastung für einkommensschwächere Mieterinnen und Mieter aufgestellt, da die Mehrwertsteuer im Verhältnis mittlere und kleinere Einkommen stärker belastet. Die Forderung wurde zuletzt auch von der SPÖ auf Bundesebene artikuliert.

Eine Regelung müsste dabei berücksichtigen, dass es im freifinanzierten Neubau (ab 1953) außer dem Wucher keine Mietzinsobergrenzen gibt, weshalb Rahmenbedingungen gesetzt werden müssten, welche sicherstellen, dass eine Entlastung bei den Mietern ankommt.

## Was uns AUF- und EINFÄLLT

... dass viele Anträge der KPÖ im Gemeinderat noch nicht erledigt worden sind.

...dass KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler das Problem der **Kinderarmut** thematisiert. Dazu fand eine Tagung im Grazer Volkshaus statt.

...dass es – siehe **Brexit** – anscheinend schwieriger

ist, aus der EU auszutreten als einem Buchklub zu kündigen. Und der ist schon hartnäckig genug.

..dass sich die Stadt Deutschlandsberg weiterhin gegen den **Lithiumabbau** auf der Koralpe ausspricht. Die Qualität unseres Trinkwassers darf nicht Konzerninteressen zum Opfer fallen.

...dass unser **Reisekanz-**



ler auf der ganzen Welt zu finden ist – regieren (pfuschen) tut inzwischen die FP.

## Vor 25 Jahren: EU-Volksabstimmung

**Rund um den 12. Juni werden die Meinungsmacher den 25. Jahrestag der Volksabstimmung über den Anschluss Österreichs an die EU feiern. Dabei werden sie verschweigen, dass die Menschen damals angelogen worden sind.**

Man hat behauptet, dass der Schilling bleiben würde. Jetzt haben wir den Euro. Man hat behauptet, dass das Preisniveau um mehr als 5 Prozent sinken würde. Jetzt haben wir starke Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln. Man hat behauptet, dass die Neutralität nicht angetastet würde. Jetzt nimmt Österreich an der gemeinsamen Rüstungspolitik der EU teil, das Bundesheer beteiligt sich an EU-Auslandseinsätzen. Man hat behauptet, dass Österreich Probleme, die unser Land betreffen, selbst entscheiden könnte. Jetzt muss Österreich sein Budget der EU-Kommission vorlegen, bevor es im Parlament beschlossen werden kann. Die

EU-Kommission plant sogar, in die Rechte der Gemeinden einzugreifen und sie zu zwingen, bei ihren Vorhaben im Bereich der Dienstleistungen in Brüssel um Erlaubnis zu bitten.

Man hat versprochen, dass die EU weniger Arbeitslose und einen höheren Lebensstandard bringen würde. Jetzt hat man die Konkurrenz um Arbeitsplätze und Wohnungen, weil die Osterweiterung ein Land wie Österreich für viele Menschen sehr attraktiv gemacht hat. Die Eurokrise hat dazu geführt, dass tausende Milliarden von Euro zur Rettung der Banken ausgegeben worden sind. Die Mehrheit der Bevölkerung muss dafür den Gürtel enger schnallen. Die Privilegien der EU-Kommissare und der EU-Beamten sind riesig. Sie zahlen auch fast keine Steuern. Die EU dient den großen Konzernen und fördert den Sozialabbau. Das haben unsere Politiker damals

nicht gesagt. Jetzt reden sie von angeblichen Europafeinden, die unser Leben zerstören würden. Die wirklichen Feinde eines sozialen, umweltfreundlichen und demokratischen Europa sitzen aber an den Schalthebeln der EU.



**Wohnen darf nicht arm machen.**

**KPÖ**  
www.kpoe-steiermark.at

www.kpoe-steiermark.at



KPÖ Weststeiermark